

POSTULAT von Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen), Ruth Kleiber (EVP, Winterthur) und Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil)

betreffend Timeout-Platzierungen von Volksschülern

Der Regierungsrat wird eingeladen

1. Richtlinien zur Timeout-Platzierung von Volksschülern während 3 Monaten oder weniger zu erlassen,
2. ein Gütesiegel an Anbieter von entsprechenden Timeout-Plätzen für Volksschüler auf Antrag der Anbieter und nach Prüfung durch eine vom Kanton beauftragte Stelle zu vergeben,
3. für eine Übersicht und für die Schulgemeinden sinnvolle Informationen über die angebotenen Timeout-Plätze mindestens im Internet zu sorgen.

Kurt Leuch
Ruth Kleiber
Johannes Zollinger

Begründung:

Der Regierungsrat erwähnt in seiner Vorlage Nr.4376 als eine Form der Betreuung ausserhalb der Familie «Timeout-Platzierungen» bis höchsten drei Monate in einer Familie oder einem Heim.

Nach unseren Erfahrungen (z.B. in Dietikon) ist es nicht einfach, für eine Schulgemeinde oder die von ihr beauftragte Stelle (z.B. den Schulpsychologischen Dienst) einen geeigneten Timeout-Platz im Sinne einer Individual-Platzierung zu finden, der zum Schüler und seinen spezifischen Problemen passt. Ebenso ist es für die Schulgemeinde schwierig zu beurteilen, ob der Platz von genügender Qualität ist und die Kosten angemessen sind. Hier wären Richtlinien oder ein Merkblatt betreffend entsprechender Minimalanforderungen hilfreich und wichtig für die Gemeindebeauftragten bei der Suche des passenden Platzes und auch für die Schulpflegen bei der Bewilligung desselben. Mit der Umsetzung der sonderpädagogischen Massnahmen ist zu befürchten, dass der Bedarf an Timeout-Plätzen weiter ansteigen wird.

Auf unsere Anfrage KR-Nr. 372/2009 konnte der Regierungsrat weder Angaben über die Anzahl vorhandener Plätze, noch die minimalen Anforderungen, geschweige denn die üblichen Kosten machen. Die Schulgemeinden sind hier im Moment auf gut Glück oder zufällige Kenntnis von geeigneten Plätzen durch eigene Leute angewiesen. Wir erachten diese Situation als unprofessionell und nicht weiter verantwortbar.

Der Regierungsrat wird deswegen aufgefordert, die Schulgemeinden entsprechend unserer obigen Forderungen professionell zu unterstützen.